

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl Honay

Wien, Montag, den 23. Juni 1924.

.....

Der neue Rauchfangkehrertarif. In dem von der Rathauskorrespondenz ausgegebenen „neuen Rauchfangkehrertarif“ war infolge eines Schreibfehlers gesagt worden, daß nach Verhandlungen mit den Rauchfangkehrergehilfen vom 1. Mai an eine Tarifierhöhung auf das 300fache des Grundtarifes im Jahre 1920 vorgenommen wurde. Es soll richtig heißen, daß die Tarifierhöhung das 330fache des Grundtarifes vom Jahre 1920 beträgt.

.....

Spenden für wohltätige Institutionen der Stadt Wien. In der letzten Gemeinderatssitzung hat Bürgermeister Seitz von mehreren bedeutenden Spenden für die Wiener Humanitätsanstalten Mitteilung gemacht. Für das Röntgeninstitut des Krankenhauses in Lainz hat ^{die} Firma Siemens und Halske eine neue Röntgenapparattypen im Werte von 32 Millionen und die Firma Radion eine neue Röntgenröhre im Werte von sechseinhalb Millionen Kronen gespendet. Die Generaldirektion der österreichischen Tabakregie hat für männlichen Pflinglinge der städtischen Humanitätsanstalten ^{210.000} Stück Zigaretten verschiedener Sorten unentgeltlich und 450.000 Stück zu ermäßigten Preisen zur Verfügung gestellt. Der Gemeinderat hat den Spendern den Dank ausgesprochen.

.....

Kein Sondertarif auf der Linie 47. In der heutigen Sitzung des Gemeinderatsausschusses für die städtischen Unternehmungen wurde ein Antrag der Endstation der Linie 46 in der Maroltingergasse bis zur Heilstätte Steinhof führt, in das Tarifgebiet I einbezogen werden soll. Die Strecke der Linie 47 von der Maroltingergasse in Ottakring bis zur Endstation bei der Heilstätte Steinhof in Hietzing, hat nur zwei Haltestellen und für diese kurze Strecke müssen die Fahrgäste 600 K bezahlen. Die Wagen der Linie 47 werden zumeist von Personen benützt, die ihre Familienangehörigen in der Heilstätte besuchen. Diese Linie dient nicht, so wie andere Linien den Bedürfnissen der Ausflügler und es wird daher als eine Härte betrachtet, wenn für diese kurze Strecke separat Fahrgeld zu bezahlen ist. Der Unternehmungsausschuß hat diesen Antrag angenommen und am Freitag wird der Gemeinderat darüber beraten.

.....

Subventionen der Gemeinde. In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses wurde der Gesellschaft zur Herausgabe der Denkmäler der Tonkunst in Oesterreich, eine gegenüber dem Vorjahre erhöhte Subvention von 15 Millionen bewilligt. Ferner wurde dem „Verein für Geschichte der Stadt Wien“ eine Subvention von 5 Millionen gewährt.

Eine 400 Millionen-Subvention der Gemeinde für die Wiener Messe.

Nach einem Referat des G.R. Broczyner hat der Finanzausschuss heute der Wiener Messe A.G. eine Subvention von 400 Millionen bewilligt, die insbesondere für Propagandazwecke verwendet werden soll. Die für die Frühjahrsmesse gewährte Subvention von 250 Millionen ist mit Rücksicht auf die herrschende wirtschaftliche Depression erhöht worden, da diesmal grössere Anstrengungen notwendig sind, um die Wiener Messe zu einem vollem Erfolge zu führen. Ausserdem bietet die Reichsausstellung in London eine besonders günstige Gelegenheit, mit der Propaganda Angehörige von Ländern zu erfassen, die als Abnehmer der Wiener Luxus- und Geschmacksindustrie in Betracht kommen. Dank der erhöhten Subvention der Gemeinde werden nun auf allen auf den englischen Kolonien nach England verkehrenden Schiffen Broschüren in englischer Sprache über Wien und die Wiener Messe verteilt werden, ferner werden in Nord- und Südamerika Broschüren und Prospekte, die gleichfalls im Zusammenhange mit der Wiener Messe Wien behandeln, und die in 23 Sprachen verfasst sind, auf Schiffen und in Eisenbahnwagen aufliegen. Da die Wiener Messe bisher immer alle Erwartungen erfüllt hat, so ist auch diesmal zu hoffen, dass die grosszügige Propaganda im Herbst eine erhöhte Zahl von Fremden nach Wien bringen wird.

Gleichbleibender Zinsfuss bei Instandhaltungskrediten für Wohnhäuser.

Bekanntlich hat die Zentralsparkassa der Gemeinde Wien mit Unterstützung der Gemeinde eine Aktion unternommen, um den Besitzern von Kleinwohnhäusern zur Instandhaltung ihrer Häuser einen Kredit zu gewähren. Die Gemeinde hatte 20 Milliarden für diesen Zweck bewilligt. Als Zinsfuss war ein mit 3% über dem jeweiligen Diskontsatz der Nationalbank hinausgehender Satz bestimmt worden. Obgleich die Nationalbank ihre Bankrate jetzt von 12% auf 15% erhöht hat, wurde in der heutigen Sitzung des Finanzausschusses auf Antrag des G.R. Broczyner einstimmig beschlossen, bei dem bisherigen Zinssatz von 12% zu verbleiben, sofern die anderen Sozialversicherungsanstalten, die für diesen Zweck Einlagen zur Verfügung gestellt haben, an dem seinerzeit bestimmten Zinsfuss festhalten. Es werden also höchstwahrscheinlich auch weiterhin für die Instandhaltung von Häusern Kredite zu 12% Prozent Zinsen plus 1/4% Regiespesen für 1/4 Jahr zu erhalten sein. Bei dieser Gelegenheit wurden auch verschiedene Massnahmen beschlossen, um Erleichterungen bei der Bewilligung und Auszahlung der Kredite durchzuführen. So werden die Nebengebühren wie die Schätzungskosten eine wesentliche Herabsetzung erfahren, es wird auch dafür gesorgt werden, dass die Erledigung der Ansuchen mit grösster Beschleunigung vor sich gehe, schliesslich dass sofort nach der Bewilligung des Kredites auch dessen Auszahlung erfolge und nicht mehr wie bisher erst im Verlaufe und nach Vollendung der Reparaturen. Freilich muss da strenge darauf geachtet werden, dass derartige Kredite wirklich für den vorgesehenen Zweck verwendet werden, Zuwiderhandelnde hätten mit der sofortigen Einstellung des Kredites, der rücksichtslosesten Eintreibung der ausgefolgten Raten und überdiess einem entsprechend höheren Strafsatz in der Verzinsung zu rechnen. Es kann mit Genugtuung festgestellt werden, dass sich bisher keine Gelegenheit zu einem diesbezüglichen Einschreiten gegeben hat. Hingegen war der Referent genötigt festzustellen, dass trotz der ausserordentlichen Billigkeit dieser Instandhaltungskredite die Ansuchen um solche nicht in der erwarteten Zahl eingelaufen sind. Man hatte, als man die Aktion

in Angriff nahm, erwartet, dass sich sogleich 900 bis 1000 Bewerber melden würden, es sind bis heute nur ca. 250 Ansuchen bewilligungsreif. Es scheint sich vorläufig wenigstens nicht das notwendige Einvernehmen zwischen Hausbesitzern und Mietern bezüglich der Bezahlung der Zinsen vollzogen zu haben, was im Interesse der Instandhaltung der Häuser zu bedauern ist. Die Gemeinde hat die Hausbesitzerorganisationen auf die mannigfachen Vorteile, besonders auf die Billigkeit dieser Institution aufmerksam gemacht, ein diebezüglicher Hinweis ist auch schon im Organ der Hausbesitzer erschienen. Es ist zu hoffen, dass sich Mieter und Hausbesitzer diese Kreditaktion in reicheren Ausmasse als bisher benützen werden.